

Grüne Infrastrukturpolitik für ein zukunftsfähiges Bayern

Vorlage zur Pressekonferenz auf der Winterklausur 2012 in Günzburg

Eine gut funktionierende Infrastruktur ist eine entscheidende Grundlage für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger und ein zentraler Standortfaktor für die Wirtschaft. Egal ob Wohnen, Arbeiten, Verkehr, Bildung, Freizeit/Erholung: Öffentliche Infrastruktur trifft auf alle Lebensbereiche. Das Schaffen und das Vorhalten von Infrastruktureinrichtungen und das Anbieten und Abgeben entsprechender Infrastrukturleistungen gehören daher zu den Kernaufgaben der öffentlichen Hand.

Doch anstatt intelligente und zukunftsfähige Lösungen zu schaffen, um Menschen zu vernetzen, Wertschöpfung zu aktivieren, Mobilität zu ermöglichen und Wohlstand zu sichern, erschöpft sich Infrastrukturpolitik im herkömmlichen Sinne allzu oft in kurz-sichtigen Betonorgien und kostspieligem Größenwahn. Die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen, die Folgen des demografischen Wandels, die Überschuldung der öffentlichen Kassen, der Klimawandel: Parameter, an denen sich die Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit, aber auch die Gemeinwohlorientierung von Infrastrukturmaßnahmen messen lassen müssten, werden ausgeblendet. Für Projekte etwa im Verkehr oder im Städtebau wurde bis zuletzt von stark wachsender Wirtschaftsleistung, partiell sogar von steigenden Bevölkerungszahlen ausgegangen, für Sozial- und Gesundheitsinfrastruktur von einer Gleichverteilung der Bevölkerung im Raum. Viel zu oft und viel zu lange waren Infrastruktur-Investitionen nur in Richtung quantitatives Wachstum gedacht.

Wer Infrastrukturpolitik als Zukunftsaufgabe begreift, muss deshalb neue Prioritäten setzen.

Grüne Infrastrukturpolitik für ein zukunftsfähiges Bayern heißt:

1. *Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit zusammen denken:* Grüne Infrastrukturpolitik trägt maßgeblich dazu bei, dass Bayern durch hohe Lebensqualität glänzt und als Wirtschaftsstandort zukunftsfähig ist.
2. *Prioritäten setzen und Transparenz herstellen:* Grüne Infrastrukturpolitik stellt sich den Herausforderungen des demografischen Wandels wie auch der Notwendigkeit nach Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau. Letzteres verlangt nach einer eindeutigen Prioritätensetzung und nach deren ehrlicher Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit.
3. *Natürliche Ressourcen schonen und Klima schützen:* Grüne Infrastrukturpolitik trägt der Erfordernis nach Umwelt- und Klimaschutz Rechnung, heißt sie berücksichtigt die zunehmende Verknappung der natürlichen Ressourcen, v.a. der fossilen Energieträger, und reduziert den klimaschädlichen CO₂-Ausstoß.
4. *Die Menschen bei den Entscheidungen mitnehmen:* Grüne Infrastrukturpolitik sorgt dafür, dass Infrastrukturvorhaben von ihrer Notwendigkeit und ihrem Nutzen-Kosten-Verhältnis her vermittelbar sind und dass sie auch vermittelt werden,

was wiederum eine offene Kommunikation und eine frühzeitige und wirkliche Beteiligung Betroffener bedeutet.

Anhand der Infrastrukturfelder Verkehr, Stromversorgung sowie dem Zugang zum schnellen Internet sei dies exemplarisch skizziert.

Nachhaltige Verkehrspolitik

Der große Anteil des Verkehrs an Umweltzerstörung und Klimagefährdung, an Flächenfraß und Lärmbelastung, aber auch die massiven Kapazitätsengpässe vor allem im Straßen-/Schienenverkehr und der marode Zustand zahlreicher Straßen- und auch Schienenwege zeigen, dass die bisherige Verkehrspolitik längst an ihre Grenzen gestoßen ist.

Die Politik braucht und darf die in Prognosen vorgezeichneten massiven Verkehrszuwächse vor allem im motorisierten Straßen- und im Flugverkehr keinesfalls als quasi naturgegeben und ausweglos hinnehmen. Hier muss steuernd eingegriffen werden: etwa durch bessere Angebote im Öffentlichen Verkehr auf der einen Seite und höhere Kostenanlastung für den Straßengüterverkehr und den motorisierten Individualverkehr auf der anderen Seite, aber auch durch Maßnahmen in anderen Politikfeldern wie etwa in der Raumordnung und Landesplanung insgesamt.

Sämtliche Verkehrsinvestitionsprogramme, angefangen vom Bundesverkehrswegeplan über den Staatsstraßenausbauplan bis hin zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)-Bundes- und Landesprogramm, müssen nach einem Kassensturz radikal überarbeitet werden: Anstatt immer wieder eine riesige Zahl an Investitionsvorhaben im Straßen- wie im Schienenwegebau anzukündigen, sind vor dem Hintergrund der begrenzten Finanzmittel eindeutige Prioritätensetzungen vorzunehmen. Anstatt sich auf milliardenteure Prestigevorhaben zu konzentrieren, die im Zweifelsfall dann doch nicht realisiert werden, die aber in jedem Fall Personalkapazitäten binden und Gelder für Planungen verschlingen, gilt es, die zahlreichen notwendigen kleineren und mittleren Maßnahmen voranzubringen. Im Straßenbau muss Erhaltungsmaßnahmen ganz eindeutig der Vorrang gegenüber Neubaumaßnahmen eingeräumt werden.

Dem Mästen des Flugverkehrs durch die herrschende Politik (keine Kerosinbesteuerung, keine Umsatzsteuer für Auslandsflüge, großzügige direkte Zuschussungen etwa über das langjährige Aussetzen von Zinszahlungen für Gesellschafterdarlehen oder die Finanzierung der Flüge Hof – Frankfurt aus öffentlichen Mitteln) muss dringend ein Ende bereitet werden. Kostenechte Preise für die Fliegerei werden dafür sorgen, dass die prognostizierten Zuwächse und somit auch der Bedarf an weiterer Infrastruktur deutlich schrumpfen werden.

Zukunftsfähige Stromversorgung

Der Ausstieg aus der Atomenergie und die Einleitung der Energiewende, über Jahrzehnte eine Kernforderung der Grünen, haben die Karten für eine nachhaltige Energiepolitik neu gemischt: Zukunftsfähige Energiestrukturen basieren auf den drei Säulen Energieeinsparung, Energieeffizienz und Ausbau der erneuerbaren Energien.

Erneuerbare Energien müssen nicht nur in den Markt integriert werden. Vielmehr ist eine Transformation des Energiesystems notwendig: weg von Großkraftwerken hin zu einer Vielzahl dezentraler Stromerzeugungsanlagen, die über intelligente Stromnetze (smart grids) im Zusammenwirken mit Stromspeichern zu einer effektiven und nachhaltigeren Energienutzung führen.

Zur Transformation des Energiesystems müssen die gerade im Strombereich ausgeprägten Monopolstrukturen überwunden werden. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass der Aufbau der neuen Infrastruktur zu einem großen Teil durch regionale Akteure, wie z.B. Bürgergenossenschaften oder kommunale Werke getragen wird. Unter Bürgerbeteiligung verstehen wir bei der Energiewende nicht nur die Mitwirkung im Rahmen von Genehmigungsverfahren, sondern die aktive Beteiligung an den Planungsprozessen bis hin zur finanziellen Mitbeteiligung. Die rechtlichen, administrativen und sonstigen Hemmnisse, die dem Umstieg auf Erneuerbare Energien und auch einem Mehr an Dezentralität entgegenstehen, gilt es abzubauen. So muss beispielsweise wettbewerbswidrigem Verhalten der großen Energieversorger sowie wettbewerbsfreien Vergaben zugunsten letzterer entgegengewirkt werden. Gefordert sind hier die Landeskartellbehörde bzw. die Kommunalaufsichtsbehörden. Wichtig für das Gelingen des Umstiegs ist auch die Schaffung von Transparenz, vor allem die Netzdaten müssen einfacher zugänglich sein.

Der von der Staatsregierung vorgesehene Bau von fünf großen Erdgaskraftwerken in Bayern ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Zum einen ist der Bedarf in dieser Größenordnung nicht begründbar, zum anderen ist der angestrebte Bau von großen Kraftwerken ohne Kraft-Wärme-Kopplung ein Rückfall in alte Technologien und eine Stärkung alter Strukturen. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass die zweifellos erforderlichen back-up-Kraftwerke vorrangig in Kraft-Wärme-Kopplung und dezentral errichtet werden.

Ein gewaltiger Aufbau von Infrastruktureinrichtungen ist im Bereich der Stromspeicherung erforderlich. Auch dabei wird es auf eine Kombination aus dezentralen Lösungen und zentralen Einrichtungen ankommen. Der Freistaat muss dazu endlich aktiv werden. Bundespolitisch muss eine ernsthafte Diskussion über Maßnahmen und Instrumente zur Anregung eines Markts für Stromspeicher geführt werden. Gerade in Bayern, mit seinem hohen PV-Anteil ist diese Frage dringend.

Zugang zum schnellen Internet

Leistungsfähige Internetverbindungen zum Informations- und Wissensaustausch sind für Wirtschaft und Gesellschaft von großer Bedeutung. Der Anschluss an eine zukunftsfähige Breitband-Infrastruktur ist insbesondere für ländliche Regionen ein wichtiger Standortfaktor, aber auch eine zentrale Frage der gesellschaftlichen Teilhabe. Vor allem in den vom demographischen Wandel besonders betroffenen Regionen, aber auch grundsätzlich für behinderte und ältere mobilitätseingeschränkte Menschen ist der schnelle Internetanschluss wesentliche Voraussetzung, Dinge des Alltags auch weiter erledigen zu können, z.B. bei Behördengängen, oder der Bestellung von Lebensmitteln und Medikamenten. Auch aus Klimaschutzgründen ist es zu begrüßen, wenn vermehrt im Homeoffice gearbeitet wird, weil damit zum Teil lange Arbeitswege entfallen.

Nach Erhebungen des Bundeswirtschaftsministeriums waren Mitte 2011 ca. 94 Prozent der Häuser, Wohnungen und Betriebsstätten in Bayern mit einer Bandbreite von mindestens 2 Mbit/s und ca. 83 Prozent mit einer Bandbreite von mindestens 6 Mbit/s versorgbar. Wenn es allerdings um höhere Übertragungsraten geht, die vor allem für Unternehmen wichtig sind, dann ist der Handlungsbedarf noch sehr groß. So können nur 24,5 Prozent der Nutzer auf eine Bandbreite von mindestens 50 Mbit/s zugreifen.

Grünes Ziel ist es, bis Anfang 2013 eine flächendeckende Grundversorgung mit Breitband in Bayern von zunächst 6 Mbit/s zu gewährleisten. Sollte es den Telekommunikationsunternehmen nicht gelingen, die Grundversorgung zeitnah zu organisieren, fordern wir eine gesetzliche Universaldienstverpflichtung. Mittelfristiges Ziel muss sein, auch in ländlich-peripheren Räumen Anschlüsse mit Übertragungsraten von 50 Mbit/s und mehr zu verwirklichen. Die EU-Kommission fordert bis 2020 einen flächendeckenden Zugang von 30 Mbit/s und 100 Mbit/s für mindestens 50 Prozent der Haushalte. Um dieses Ziel umzusetzen, reichen die Ankündigungen der Bundesregierung im Jahr 2014 für 75 Prozent der Haushalte eine Rate von 50 Mbit/s anzubieten nicht aus.

Grüne Infrastrukturpolitik: Bürgerinnen und Bürger aktiv beteiligen

Die grundlegenden Weichenstellungen für eine erfolgreiche Infrastrukturpolitik müssen ihren Platz im Bayerischen Landesplanungsgesetz und im Landesentwicklungsprogramm haben. Anders als von der Staatsregierung vorgesehen, fordern wir eine an die heutige Lebenswirklichkeit angepasste Herangehensweise. Zum einen ist es notwendig, die Planungs- und Realisierungszeiträume zu beschleunigen, worunter die Aspekte Transparenz sowie BürgerInneninformation und -beteiligung nicht leiden müssen.

Eine Verfahrensbeschleunigung lässt sich beispielsweise beim Ausbau der Windenergie dadurch erreichen, dass bei der Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten der unnötige und oftmals intransparente Umweg über die Regionalen Planungsverbände in Zukunft ausgelassen wird. Mithilfe einer umfassenden (digitalen) Windkarte, auf welcher alle relevanten Informationen abrufbar sein sollen, könnten Städte und Gemeinden in interkommunaler Zusammenarbeit selbständig und in näherer Abstimmung mit den Bürgerinnen und Bürgern geeignete Gebiete ausweisen.

Offene Information und wirkliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger müssen Dreh- und Angelpunkt einer zukunftsfähigen Infrastrukturpolitik sein. Dazu muss sich das Selbstverständnis in den Behörden ändern. Diese müssen in Zukunft verstärkt als Moderatoren und moderne Dienstleister auftreten, die die Bürgerinnen und Bürger ernsthaft in Entscheidungsprozesse mit einbeziehen. Denn nur gemeinsam mit gut informierten und an den Prozessen beteiligten Bürgerinnen und Bürgern lassen sich die nötigen Weichenstellungen für ein zukunftsfähiges Bayern realisieren.